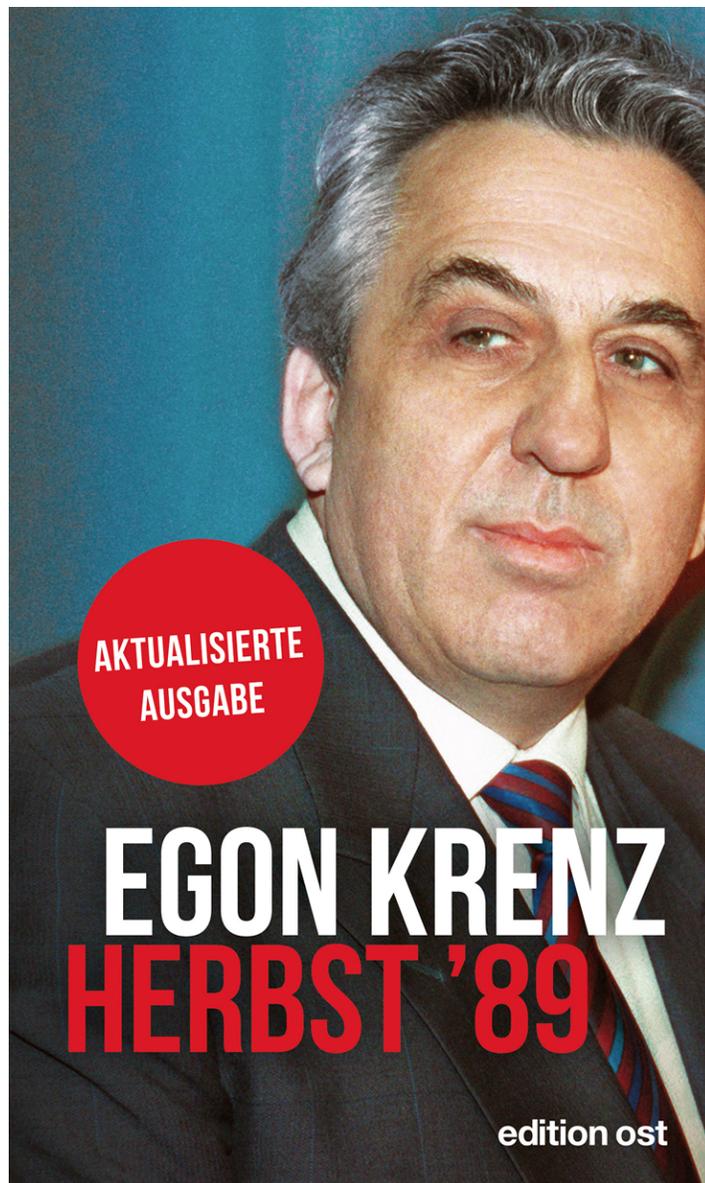
A close-up portrait of Egon Krenz, a middle-aged man with graying hair, wearing a dark suit, white shirt, and a striped tie. He is looking slightly to the right of the camera with a neutral expression. The background is a solid teal color.

**AKTUALISIERTE
AUSGABE**

EGON KRENZ
HERBST '89

edition ost



AKTUALISIERTE
AUSGABE

EGON KRENZ
HERBST '89

edition ost

DAS BUCH

Eine Chronik der Ereignisse in der DDR im Herbst 1989 aus exklusiver Hand. Der erste Mann des Staates und der Partei hat notiert, was in jenen Monaten geschah, die nicht nur die DDR veränderten, sondern auch die Welt. Egon Krenz gibt seine Beobachtungen wieder, berichtet minutiös, was sich vor und in den Kulissen der Macht zutrug. Und welchen Anteil er daran hatte: im Guten wie im Schlechten. Das einzigartige geschichtliche Zeugnis erschien erstmals 1999. 25 Jahre nach jenem dramatischen Herbst wird es neuerlich aufgelegt, ohne es zu verändern oder gar zu korrigieren. Hinzugekommen ist ein Interview, in welchem der Autor zur Entwicklung seither Stellung nimmt. Zwischen der Erst- und der Wiederauflage kamen nicht nur Ausgaben im Ausland, Egon Krenz war auch fast vier Jahre inhaftiert. Darüber berichtete er in seinen »Gefängnisnotizen«, die zu einem Bestseller wurden. Sie wie auch das vorliegende Buch sind der gleichermaßen notwendige wie auch erfolgreiche Versuch, den umlaufenden Legenden und Lügen zur DDR-Geschichte die Wahrheit entgegenzustellen.

DER AUTOR

Egon Krenz, Jahrgang 1937, geboren und aufgewachsen in Kolberg (heute Polen). Nach Schulbesuch in Damgarten (Vorpommern) Studium am Institut für Lehrerbildung in Putbus auf Rügen. Freiwillig bei der NVA von 1957 bis 1959. Danach hauptamtliche Funktionen im Jugendverband auf Kreis-, Bezirks- und DDR-Ebene. Besuch der Parteihochschule in Moskau von 1964 bis 1967, danach Sekretär des Zentralrats der FDJ und Vorsitzender der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« (1971-74). 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ von 1974 bis 1983. Anschließend Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED bis 1989.

Von Oktober bis Dezember '89 Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Rücktritt von allen Funktionen, Anfang 1990 aus der SED-PDS ausgeschlossen. 1996 zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt, die er von 2000 bis 2004 absitzt.

Egon Krenz lebt heute in Dierhagen auf dem Darß, ist verheiratet, hat zwei Söhne und zwei Enkel.

IMPRESSUM

ISBN eBook 978-3-360-51028-0

ISBN Print 978-3-360-01862-5

1. Auflage dieser Ausgabe 2014

© edition ost im Verlag Das Neue Berlin

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von picture alliance/ZB/Matthias Hiekel - Egon Krenz am 16. Januar 1992 im sogenannten Wahlfälschungsprozess. Im November 1997 musste das Verfahren gegen ihn eingestellt werden.

www.edition-ost.de

EGON KRENZ

Herbst '89

Mit einem aktuellen Interview

edition ost

*Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht,
man bemüht sich im Gegenteil,
ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen,
die noch lange nicht erschöpft sind.¹
Friedrich Engels*

¹ Friedrich Engels, Vorwort zu »Karl Marx vor den Kölner Geschworenen«, Marx-Engels-Werke (MEW), Band 21, Seite 201

KEIN KÖNIG-DAVID-BERICHT²

Das vorliegende Buch ist 15 Jahre alt. Seither sind weitere Arbeiten zum Herbst 1989 entstanden. Und manche lieferten tatsächlich neue Erkenntnisse und Zusammenhänge, die Sie gewiss zur Kenntnis nahmen. Reizte es Sie da nie, Ihre Erinnerungen zu ergänzen oder zu präzisieren?

Nein.

Warum nicht?

Die Nähe zur damaligen Wirklichkeit könnte darunter leiden. Erinnerungen verblassen mit den Jahren. Der Zeitgeist kann sie beeinflussen. Persönliche Lebensumstände spielen eine Rolle. Eitelkeit auch. Manche Schreiber stellen mehr sich als das Geschehen in den Mittelpunkt. Es gibt auch Autoren, die projizieren ihre heutigen Erkenntnisse in die Vergangenheit und meinen von sich, schon immer das Ende der DDR vorausgesehen zu haben. Etliche unterscheiden nicht mehr genau zwischen dem, was sie tatsächlich erlebt, und dem, was sie nachträglich erfahren haben.

Einverstanden. Aber diesen Fehler müssen Sie ja nicht machen.

Natürlich sind auch meine Erinnerungen subjektiv. Aber was in diesem Buch steht, kann ich belegen. Ich habe damals meine Erinnerungen ergänzt und aufgefrischt durch Gespräche mit Weggefährten und Kontrahenten, durch Tagebuchaufzeichnungen, Kalendereintragungen, Politbüro- und Staatsratsvorlagen sowie durch die Auswertung von Gesprächsprotokollen mit in- und ausländischen Politikern.

Im Bundesarchiv habe ich dies mit meinen dort aufbewahrten Akten verglichen. Aufgefallen ist mir, dass

brisante Akten, die ich 1989 im Panzerschrank des Generalsekretärs hinterlassen hatte, sich nicht im Bestand des Bundesarchivs befinden. Es handelt sich vorwiegend um Notizen über geheime Begegnungen von Erich Honecker, Günter Mittag und mir mit Westpolitikern aller Couleur. Bundesdeutsche Dienste haben sie vermutlich aus dem Verkehr gezogen. Es wäre ja auch peinlich, würde die Öffentlichkeit erfahren, was Politiker ersten Ranges bei uns übereinander ausplauderten, um sich ins »rechte Licht« zu stellen.

Was dieses Buch betrifft, will ich authentisch bleiben. Ich wollte nicht aus nachträglicher Sicht schreiben oder gar korrigieren. Hinterher weiß man bekanntlich vieles besser. Ich werde Entwicklungen nicht neu interpretieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass auch ich inzwischen nicht manches klarer sehe als seinerzeit. Mit dem Wissen von heute würde ich manche Personen exakter charakterisieren und politische Schlüsselereignisse stärker in den internationalen Zusammenhang rücken.

Geht das ein wenig konkreter?

Ich erinnere in diesem Buch daran, dass mir Erich Honecker zur Jahreswende 1988/89 eine streng geheime Information zum Lesen gab. Er hatte sie von einer zuverlässigen Quelle aus dem Weißen Haus erhalten, noch bevor der frühere CIA-Chef, George Bush sen., zum 41. Präsidenten der USA vereidigt wurde. Darin stand zu lesen: »Der neue US-Präsident denke nicht daran, eine strategische Partnerschaft zwischen den USA und der UdSSR, wie sie Gorbatschow anstrebe, einzugehen. Nicht die USA müssten Gorbatschow entgegenkommen, sondern Gorbatschow müsse den USA entgegenkommen.«³ Aus dem Geheimpapier erfuhren wir auch, dass Vernon A. Walters, ein persönlicher Freund Bushs aus CIA-Zeiten, neuer US-Botschafter in Bonn werden solle. Walters war der Mann fürs Grobe. Keine Schurkerei der CIA der letzten

Jahrzehnte außerhalb der US-Grenzen ohne sein Zutun. Wo gegen souveräne Regierungen geputscht wurde, die den USA nicht passten, war der CIA-Mann Walters dabei. Bush soll seinem Getreuen den Botschafterposten in Bonn mit den Worten schmackhaft gemacht haben: »In Deutschland geht es ums Ganze!«

Diese Mitteilung habe ich damals unterschätzt. Ich glaubte, es handele sich lediglich um eine der vielen Drohgebärden, die in der Zeit der Systemkonfrontation zur Tagesordnung auf beiden Seiten gehörten. Tatsächlich aber war sie Teil eines Masterplans der neuen US-Administration. Bush hatte die Parole herausgegeben, die Sowjetunion »in die Wertegemeinschaft des Westens« zu holen. Er proklamierte die Überwindung der Spaltung Europas durch die Überwindung des Sozialismus.

Dieser Plan wurde auf dem NATO-Gipfel in Brüssel Ende Mai 1989 erörtert. Die USA sahen infolge der Destabilisierung der Sowjetunion durch Gorbatschows Politik die Chance, zu erreichen, was ihr durch keinen heißen Krieg möglich geworden wäre: die UdSSR und ihre Verbündeten zur Kapitulation zu zwingen.

Wolfgang Schäuble trug vor einiger Zeit zur Erhellung der damaligen Situation bei. Bewusst oder unbewusst, das weiß ich nicht. Er ließ jedenfalls die Leser des neuen Deutschland wissen, dass ihm Walters schon im April 1989 gesagt habe, dass noch in dessen Amtszeit die

»Wiedervereinigung« kommen werde.⁴ So hellseherisch konnte nur jemand sein, der Mitautor der Konzeption zur Ausschaltung der UdSSR als Kontrahent war.

Inzwischen ist klar, dass es den USA keineswegs nur um die deutsche Einheit ging. Dafür hätten sie sich nicht mit François Mitterrand und Margaret Thatcher angelegt. Die deutsche Einheit war nicht ihr Hauptziel. Sie war eine Zwischenstation auf dem Wege, einzige Supermacht zu werden. Wer Details wissen möchte, sollte lesen, was der

US-Strategie Zbigniew Brzezinski dazu veröffentlicht hat.⁵ In diesem Kontext sind einige Bewertungen über die Herbstereignisse von 1989 in Europa und in Deutschland wohl nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Nämlich?

Zum Beispiel die Vereinfachung, dass die DDR ausschließlich an sich selbst zugrundegegangen sei. Ich sage: auch, aber eben nicht nur an sich selbst. Vor allem beantwortet eine solche Auslegung nicht die Frage, wie es dazu kam, dass aus der breiten demokratischen Bewegung »Wir sind das Volk!«, die für eine reformierte DDR eintrat, ein Konteraufmarsch mit dem Slogan »Wir sind ein Volk!« wurde. Die Initialzündung dafür kam aus westlicher Richtung, fast zeitgleich mit den deutsch-nationalistischen Tönen Helmut Kohls in seiner Bundestagsrede Ende November. Das ist keine Vermutung. Ich habe es aus eigenem Wissen. Keine der damals neu erstandenen Bewegungen oder Parteien hatte die deutsche Einheit auf der Tagesordnung. Mehr noch: Einige Akteure unterschrieben noch im November 1989 einen Aufruf »Für unser Land!«. Darin steht, was durch den Aufbruch hätte eigentlich erreicht werden sollen: »Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.«⁶ Dass es dazu nicht mehr kam, hat auch viel mit dem Einknicken Gorbatschows bei seinem Treffen mit George Bush sen. am 2./3. Dezember 1989 auf Malta zu tun. Die DDR wurde danach zur Demontage freigegeben. Eine Befragung des Volkes über ihr weiteres Schicksal gab es nicht.

Das Schicksal der DDR war in guten wie in schlechten Zeiten mit dem der Sowjetunion verbunden. Die DDR ist

quasi als Teil eines Ganzen untergegangen. Wer noch heute meint, sie hätte nur der »Perestroika« folgen sollen, übersieht, dass Gorbatschow damit im eigenen Land gescheitert ist. Die UdSSR ist ja nicht durch eine demokratische Volksbewegung von unten zerstört worden. Im Gegenteil: In einem Referendum hatte sich die Mehrheit ihrer Bürger für den Erhalt der Union ausgesprochen. Die Sowjetunion ist letztlich durch höchste und zweifelhafte Funktionäre der KPdSU von oben aufgelöst worden. Dieses Drama wirkt bis in die Gegenwart nach. Was wir aktuell im Konflikt in der Ukraine und im feindseligen Verhältnis des Westens zu Russland wahrnehmen, hat auch seine Wurzeln in der Zeit von 1989 bis 1991. Nach den Jahren des Chaos im Jelzin-Staat, der Demütigung Russlands durch den Westen und der Ausdehnung der NATO in Richtung russischer Grenze ringt Russland wieder um seine nationale Würde. Nachdem die USA und ihre Verbündeten mit dem willigen Gorbatschow und dem alkoholisierten Jelzin ein leichtes Spiel hatten und sie führen konnten, wohin sie beide haben wollten, sind die NATO-Staaten inzwischen erschrocken, dass Russland wieder einen Präsidenten hat, der nicht ihre, sondern russische Interessen vertritt.

Im Lichte der internationalen Entwicklung der letzten 25 Jahre sehe ich heute stärker als damals die globalpolitischen Aspekte des Untergangs der DDR, ohne damit die in der DDR selbst liegenden Ursachen zu bagatellisieren. Kürzlich meinte die Ministerpräsidentin von Thüringen: »Dass wir ohne Gewalt mit Kerzen und Gebeten eine Diktatur bezwungen haben, bleibt ein Wunder der Geschichte«. ⁷ Wunder kennt auch die Geschichte nicht. Der Gedanke, dass Kerzen die sozialistischen Staaten Europas bezwangen, mag ja schön klingen und nachträglich auch das Selbstbewusstsein einiger Akteure stärken. Aber: Es war wohl eher die

Niederlage der UdSSR im Kalten Krieg mit den USA. Die Sowjetunion hat sich totrüstet lassen. Auch das war kein Wunder, sondern lag unter anderem an ihrem und ihrer Verbündeten Rückstand in der Arbeitsproduktivität wie auf dem Gebiet der Hochtechnologien, an der Erpressbarkeit einiger RGW-Länder durch den IWF durch die Anhäufung von Devisenschulden. 1991 beging die Sowjetunion schließlich Selbstmord.

Und was die DDR 1989 betrifft, so wurde von ihrer politischen und militärischen Führung zu keinem Zeitpunkt militärische Gewalt gegen Demonstranten erwogen.

Das scheint mir in der Tat ein erwähnenswerter Aspekt, denn wie wir gegenwärtig erleben, ziehen Regierungen zunehmend militärische Lösungen den politischen vor.

Richtig. Ich frage mich auch manchmal, wie sich EU-Staaten in einer vergleichbaren Situation verhalten würden? Albrecht Schachtschneider, emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Universität Nürnberg-Erlangen, stellte fest, dass nach dem Vertrag von Lissabon, den 2007 die seinerzeitigen 27 Mitgliedsstaaten der EU unterzeichnet hatten, bei Aufstand und Aufruhr ohne Gesetz und ohne richterlichen Beschluss getötet werden dürfe. »Nach meiner Meinung könnten die Montagsdemonstrationen in Leipzig als Aufruhr definiert werden, wie praktisch jede nicht genehmigte Demonstration«, erklärte er 2009 gegenüber einem Magazin. Und weiter: »Oder nehmen Sie die Krawalle in Griechenland oder kürzlich die Demonstrationen in Köln und Hamburg. Sie brauchen ja nur ein paar ›Autonome‹, die Steine schmeißen.«⁸

Das ist eigentlich auch schon die Antwort auf die Frage, wie sich die EU-Staaten, also auch die Bundesrepublik Deutschland, wahrscheinlich verhalten würden, wenn ihr politisches System in Frage stünde.

Es ist ein Vierteljahrhundert her, dass Sie als Generalsekretär und als Staatsratsvorsitzender demissionierten. Das ist ein weitaus längerer Zeitraum, als Sie in der politischen Führung der DDR tätig waren? Nervt es Sie inzwischen nicht, ständig auf diesen in ihrem Leben vergleichsweise kurzen Abschnitt angesprochen und wohl auch reduziert zu werden?

Ein kurzer Abschnitt? Bezogen auf die Zeit ist das wohl wahr. Doch er war auch der intensivste und folgenschwerste. Im Rückblick habe ich den Eindruck, nie zuvor und nie wieder danach ein von den politischen Ereignissen so Getriebener gewesen zu sein. Hobby- wie Berufshistoriker, unter ihnen auch Rainer Eppelmann, laufen inzwischen Sturm gegen den Begriff »Wende«. Der stamme von Krenz, sagen sie, und der hätte etwas ganz anderes darunter verstanden. Ich streite nicht um Begriffe. Mir ging es damals darum, das verloren gegangene Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen, die Krise, in der die DDR steckte, zu überwinden, ohne die DDR aufzugeben. Dass dies nicht gelang, schmerzt mich noch immer. Als ich am 18. Oktober 1989 zum ersten Mal von einer »Wende« sprach, erinnerte ich mich an ein Wort meines Freundes Hermann Kant. Er hatte in der FDJ-Zeitung *Junge Welt* auf die Frage, was das Beste sei an der DDR, gesagt: »Das es sie gibt.« Und das Schlechteste? »Das es sie so wie derzeit gibt.«⁹

Das war eine dialektische Betrachtung zu einer Zeit, als die immer stärker werdende Kluft zwischen der Realität und den Idealen der DDR geschlossen werden musste. In Richtung deutsche Einheit hat mein Wendebegriff nie gezeigt. Es ging um die DDR. Nach eigener Bekundung wollte dies damals auch Herr Eppelmann. Am 24. Oktober 1989 schrieb er einen Brief an mich, den auch Pfarrer Schorlemmer unterzeichnet hatte: »Uns geht es um die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus in *unserem*

Land.«¹⁰ Unser Land – das war bekanntlich die DDR und nicht die Bundesrepublik.

Was ich unter »Wende« verstand, ist in einem Reformprogramm der SED niedergelegt. Auch wenn dies wegen der Grenzöffnung am 9. November in der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen wurde, sind seine Eckpunkte durchaus interessant. Einer der Mitautoren, Professor Gregor Schirmer, hat sie kürzlich wie folgt zusammengefasst: »Reform des politischen Systems; freie und geheime Wahlen unter öffentlicher Kontrolle, Rückgewinnung der Souveränität der Volkskammer und der anderen Volksvertretungen; Wirken neuer politischer Vereinigungen. – Sozialistischer Rechtsstaat; Errichtung eines Verfassungsgerichtes; gesetzliche Absicherung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit; Wahrung der Unabhängigkeit der Richter. – Tiefgreifender Wandel in der Informations- und Medienpolitik. Freie Medien mit Offenheit, Wahrhaftigkeit, Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein. – Umfassende Wirtschaftsreform; an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, realer Plan 1990; uneingeschränkte Entwicklung der LPG und VEG; großzügige Förderung von Handwerk und Gewerbe. – Geistige Erneuerung; Sicherung der künstlerischen Freiheit gegenüber Bevormundung, Gängelei und administrative Eingriffe; Abschaffung der Zensur und Genehmigungspflicht für das Erscheinen von Büchern und Aufführung von Theaterstücken. – Förderung und Achtung der Wissenschaft und Reform des Bildungssystems. – Erneuerung der Partei und kritisch – konstruktive Diskussion aller Parteiangelegenheiten; Sicherung der innerparteilichen Demokratie von unten nach oben; Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen; Sicherung der Priorität der gewählten Leitungen gegenüber den Organen und Apparaten.

Ausarbeitung einer strategischen Konzeption für einen grundlegend erneuerten Sozialismus in den neunziger Jahren.«¹¹

Da ich in jener Zeit an der Spitze von SED und Staat stand, muss ich seitdem damit klar kommen, dass vieles, was schief ging, mir angelastet wird. Ich habe gelernt, damit zu leben und die Verantwortung dafür zu tragen. Was würde sich auch ändern, wäre ich – wie Sie es sagen – »genervt«? Nichts. Ich bin daher eher gelassen.

Ist das eine Art Selbstschutz, den ich für legitim halte?

Herbert Wehner, der vom Kommunisten zum Sozialdemokraten mutierte, hatte mich schon 1973, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, gewarnt: »Wer einmal Kommunist war, den verfolgt die bürgerliche Gesellschaft bis zu seinem Lebensende.«¹² Ich hätte also durchaus wissen können, was nicht nur mich erwartet, sollte die Bundesrepublik einmal Zugriff auf die DDR bekommen. Der Gedanke, dass dies jemals geschehen könnte, lag mir damals fern. Nun rächt sich die neue Macht mit all ihren Institutionen dafür, dass sie über 40 Jahre keinen Zugriff auf den deutschen Osten hatte. Und sie sendet damit das Signal: Sie will nie wieder eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft zulassen. Dass die DDR bis zum Geht-nicht-mehr bekämpft wird, gehört zum Charakterzug der jetzt Herrschenden. Darüber wundere ich mich nicht. Allerdings überrascht mich ihr Totalverlust an Souveränität in Bezug auf Wahrheit und die Achtung anderer Meinungen über die DDR. Eine Berliner Tageszeitung möchte mich am liebsten zum Schweigen bringen. Vor einiger Zeit titelte sie: »Herr Krenz, wann halten Sie endlich den Mund?« Das werde ich nicht tun, solange jedenfalls nicht, solange ich noch in der Lage bin, mich gegen Entstellungen der DDR-Geschichte zu wehren.

In den verflossenen 25 Jahren haben Sie wiederholt vor Gericht gestanden – mal als Zeuge, mal als Angeklagter –, Sie waren mehrere Jahre inhaftiert, schrieben Bücher und Briefe, gaben Interviews, waren im Ausland und im Inland unterwegs, um zu lesen, zu diskutieren und Meinungen auszutauschen. Nur in Talkshows sah man Sie nicht. Gab es keine Einladungen?

Einladungen gibt es. Nennen Sie mir aber bitte einen sachlichen Grund, weshalb ich dort hingehen sollte? Das offizielle bundesdeutsche Geschichtsbild über die DDR steht doch fest: »Zweite deutsche Diktatur«, »Unrechtsstaat«, »Mauer« und »Stasi«. Wer diese Klischees nicht bedient, hat keine Chance auf eine sachliche Diskussion. Hohe Amtsträger des Staates stellen zwar in Abrede, dass es ein offizielles bundesdeutsches Geschichtsbild über die DDR gibt. Sie behaupten sogar, jeder könne sich sein eigenes Bild machen. Darüber muss ich dann doch staunen. Ich werde da an Churchill erinnert, der einst gesagt haben soll, wer ein Geschichtsbild wünsche, das ihm sympathisch sei, müsse es selbst schreiben. Genau das tat die Mehrheit des Deutschen Bundestages.

Nachzulesen ist es im 1997 veröffentlichten Bericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Ist das etwa kein offiziell verordnetes Geschichtsbild? Der Bericht zählt mit Anlagen 15.000 Seiten. Politik und Medien arbeiten ihn jetzt Punkt für Punkt ab. Ich habe mir die Mühe gemacht, das Pamphlet zu lesen. Es macht die DDR für alle Boshaflichkeiten der deutschen Spaltung verantwortlich, während die alte Bundesrepublik für das Gute und Schöne auf deutschem Boden steht. So ist die Geschichte nicht verlaufen. Für eine solche einseitige »Aufarbeitung« will ich kein Zeuge sein.

Sie haben auch in der Vergangenheit die politische Klasse der Bundesrepublik, zurückhaltend formuliert, wegen ihrer

einseitigen Beurteilung der deutsch-deutschen Vergangenheit kritisiert. Diese, so scheint es, unterliegt gewissen Konjunkturschwankungen. Im Vorfeld von Jahrestagen mit Bezug auf die DDR verschärft sich nicht nur der Ton, sondern auch die Aggressivität, mit der Themen in die Öffentlichkeit getragen werden. Kann es sein – so meine Beobachtung –, dass die Unverfrorenheit, die Heuchelei und die Verlogenheit zunehmen, je weiter die Zeit voranschreitet?

Im Grunde vergeht kein Tag ohne DDR-Miesmache. Dazu gibt es ja eine Menge Einrichtungen. Manche nennen sich hochtrabend »*Forschungsverbund*«, obwohl sie reine Ideologie verbreiten. Es ist schon erstaunlich, wie mit der Entstellung der DDR-Geschichte Geld verdient wird. Über die Tendenzen solcher Forschung wundere ich mich daher schon nicht mehr. Scheinheilig ist, dass sich verantwortliche Politiker auf solche Aussagen stützen. Den Vogel schoss 2009 der damalige Bundespräsident Horst Köhler ab. Er hielt vor am 9. Oktober im Gewandhaus in Leipzig eine Rede. Darin behauptete er allen Ernstes: »Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schusswunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.«¹³ Nichts davon war wahr.

Darauf wies auch der *Mitteldeutsche Rundfunk* hin. Nach dessen Recherchen, die ich als damals in Berlin Verantwortlicher voll bestätigen kann, hat es weder Panzer vor der Stadt gegeben, noch waren Blutplasma oder Leichensäcke bereitgestellt worden. Als damals Verantwortlicher für die Sicherheitslage der DDR kann ich dies auf meinen Eid nehmen. Trotz der Offensichtlichkeit der verbreiteten Unwahrheit, wurde sie bis heute nicht korrigiert.

Ähnlich verhält es sich mit der nachträglichen Interpretation des Aufrufes der »Leipziger Sechs«. Er wird als Appell zu einer Freiheitsbewegung ausgelegt, die man am liebsten in der Tradition der Revolutionen von 1848 und 1918 sieht. Ein absichtliches Fehltriteil! Tatsache beibt, dass es am 9. Oktober 1989 keinerlei Forderungen nach Abschaffung der DDR gab. Nicht einmal der Rücktritt der Regierung wurde verlangt. Der Dirigent Kurt Masur, der Theologe Dr. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange sowie die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meier, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel hatten die Bevölkerung zur Besonnenheit aufgerufen. Es ist nützlich, sich gelegentlich der Originaltexte zu erinnern: »Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung«, heißt es in dem Aufruf. Es folgt der Kernsatz: »Wir alle brauchen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.«¹⁴ Das war kein Aufruf für Zustände, die viele Teilnehmer der Demonstration heute beklagen.

In Erinnerung gerufen werden sollte auch die Tatsache, dass drei der sechs Aufrufer hohe SED-Funktionäre waren. Auf der Straße sollen insgesamt 70.000 Bürger gewesen sein. So viele waren es auch, die sich 18 Monate später auf den Arbeitsämtern der Stadt wiederfanden. Das hatte niemand von ihnen gewollt.

Leider fallen auch so integre Politiker wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker auf Legenden herein. In seinem Buch »Der Weg zur Einheit« heißt es:

»Trotz ausdrücklicher Anforderung durch die Sicherheitskräfte der DDR blieben sowjetische Streitkräfte auf Befehl aus Moskau in ihren Quartieren.« Nur ein kurzer Satz, aber mit mehreren Fehlern: Angenommen, die DDR-Führung hätte wirklich Gewalt anwenden wollen, dann hätte sie dazu keine sowjetischen Streitkräfte anfordern müssen. Die eigenen Schutz- und Sicherheitskräfte hätten ausgereicht. Belegt ist: Niemand aus der DDR-Führung oder den Sicherheitsorganen hat jemals sowjetische Truppen angefordert.

Ein Befehl aus Moskau, dass sowjetische Truppen in ihren Quartieren bleiben sollten, ist zudem nirgendwo dokumentiert. Der Oberkommandierende der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Lushew, und der Chef der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Snetkow, mit denen ich engste persönliche Kontakte hatte, haben einen solchen Befehl nie erhalten. Versichert haben sie aber in Gesprächen mit mir, ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der DDR einzuhalten. Der Wunsch »Bleibt in den Kasernen!« kam von der DDR-Führung und war an die Adresse der sowjetischen Militärs in der DDR gerichtet, die ihn respektierten.

Der Hintergrund war: Generaloberst Streletz, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, hatte darauf aufmerksam gemacht, dass in den Oktobertagen traditionsgemäß die Herbstmanöver der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen stattfinden. Im Oktober und November 1989 hätte das Verlassen der Kasernen zu Übungen auf den Manöverplätzen von den Demonstranten, besonders in den großen Städten, missverstanden werden können. Um dies zu vermeiden, wandten wir uns an das sowjetische Oberkommando mit der Bitte: »Bleibt in den Kasernen!« Aus unserer Sicht war dies eine deeskalierende Maßnahme. Dass sie nachträglich in ihr Gegenteil verkehrt wird, ist nicht nur falsch, sondern auch böseartig.

Mir fällt auf, dass Sie sich bei Beurteilungen von aktiven Politikern sehr zurückhalten. Im Neuen Deutschland, Organ des ZK der SED, konnte man beispielsweise am 20. Juni 1988 auf der zweiten Seite nach Abschluss des Evangelischen Kirchentages in Rostock lesen: »Der Vorsitzende des Landesausschusses der Landeskirche Mecklenburgs, Joachim Gauck, dankte den staatlichen Organen für die großzügige Unterstützung des Kirchentages und sprach sich für ein engagiertes Wirken der Christen in der Gesellschaft aus.« Gauck ist ungeachtet seines engagierten Wirkens in der DDR-Gesellschaft Bundespräsident – die ehemalige Spitzensportlerin Kristin Otto hingegen wurde 2014 als Sportmoderatorin des ZDF vom Bildschirm verbannt, weil sie am 4. Mai 1989 im Neuen Deutschland Wahlpropaganda für die DDR gemacht habe. Kommt Ihnen da nicht die Galle hoch?

Mehr als das! Ich kann Herrn Gauck jedoch nicht dafür kritisieren, dass er bis in die Oktobertage 1989 hinein ein loyaler DDR-Bürger war, der sehr eng mit den staatlichen Organen der DDR zusammengearbeitet und die Christen zum Mittun in der Gesellschaft aufgefordert hat. Herr Gauck weiß selbst am besten, wofür er sich beim DDR-Staat bedankt hat.

Ich war 1988 im Auftrage Honeckers mit der staatlichen Unterstützung des Kirchentages in Rostock beschäftigt. Wenn Pfarrer Gauck damals irgendwelche oppositionelle Arbeit gegen die DDR geleistet hätte, wäre mir das mit Sicherheit nicht entgangen. Dass er inzwischen seine diesbezüglichen »Sünden« vergessen hat, ist angesichts der Ansprüche, die er an andere stellt, unbegreiflich. Viele DDR-Bürger, die ähnlich handelten wie er, erhielten dafür nach 1990 keinen Zugang zum öffentlichen Dienst. Für diese Ungleichbehandlung fand Herr Gauck sogar einen für viele DDR-Bürger beleidigenden Vergleich. In einer Rede im Deutschen Historischen Museum im Mai 2009 sagte er: »Wir konnten nicht zulassen, dass die sozialistischen

Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben.« Dies war eine Gleichsetzung von Tausenden entlassenen Lehrern und Wissenschaftlern, Juristen und Angestellten der DDR mit dem unter Konrad Adenauer als Staatssekretär in Bundeskanzleramt geholten Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, die den Mord der Nazis an Juden, Sinti und Roma legitimiert hatten.

Wenn nun auch noch zutreffen sollte, was Sie über Kristin Otto sagen, dann wäre das ja nicht nur ein handfester Skandal, sondern zugleich ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und gegen die Bestimmung, dass niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf. Da wäre wohl der Bundespräsident gefordert, ein korrigierendes Wort für Kristin Otto zu sprechen.

Was mich bei Herrn Gauck geradezu bestürzt, ist die Bedenkenlosigkeit, mit der er über mögliche deutsche Kriegsbeteiligungen spricht. Von seiner Rede vor der Bundeswehrakademie in Hamburg, dem Referat auf der Münchener Sicherheitskonferenz und einem Interview für den Deutschlandfunk zieht sich der Gedanke: Deutschland muss in der Welt wieder mehr sein, auch militärisch. Wörtlich: »Manchmal (ist es) erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen.«¹⁵

Dass entscheidende Meinungsführer in Deutschland ihm nicht nur nicht widersprechen, sondern ihn sogar stützen, ist für mich ein Zeugnis dafür, dass starke Kräfte in Politik und Wirtschaft einen Paradigmenwechsel wünschen. Damit wird der gesellschaftliche Grundkonsens in Frage gestellt, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Der existierte selbst in Zeiten der harten Systemkonfrontation zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Als ich im Herbst 1989 den Einsatz von Gewalt verbot, konnte ich mir nicht vorstellen, dass die Bundesrepublik eines Tages einen obersten Repräsentanten haben würde, der die Deutschen auffordert, wenn notwendig, auch »zu den Waffen zu greifen«. Es heißt nun, er habe dies ja gar nicht so gemeint. Ja, wie denn dann? Sein Appell steht doch im Kontext mit eindeutigen Aussagen: »Unser Land sollte seine Zurückhaltung, die in vergangenen Jahrzehnten geboten war, vielleicht ablegen.« Oder: Deutschland dürfe nicht seine »historische Schuld benutzen, um dahinter Bequemlichkeit und Weltabgewandtheit zu verstecken«.

Ein verantwortungsvoller Politiker sollte nie außer Acht lassen, unter welchen konkreten politischen Bedingungen er sich äußert. Die Weltsituation ist derzeit zugespitzt wie lange nicht. Obama und die EU drohen, Russland »zu bestrafen«. Herr Gauck meint, die sogenannten »Putinverstehher« – also jene, die ein anderes Russlandbild haben als er – würden Russland falsch wahrnehmen. Ja, wie sollen sie das Land denn wahrnehmen? Als »Reich des Bösen«? Ich bin Jahrgang 1937 und habe noch meine Kindheitserinnerung, wie das Bild vom »böse Russen« die Stimmung bestimmte. Bei solchen Vokabeln denke ich schon daran, dass 28 Millionen Sowjetbürger Opfer deutscher Aggression geworden sind. Russland ist durch deutsche Schuld genug bestraft. Diese historische Schuld sollte nie relativiert werden. Alarmierend ist, dass der Bundespräsident die höhere Verantwortung Deutschlands laut eigener Aussagen mit der NATO verwirklichen will. Jenem Militärbündnis, das Russland nicht mehr als Partner, sondern als Gegner bezeichnet und wieder Soldaten und Waffen an Russlands Grenze schickt.

Diese Politik macht mir Angst. Ich weiß, dass dies vielen so geht.

Sie waren und sind derzeit der Einzige aus der politischen Führung der DDR, der sich öffentlich erklärt und die DDR

verteidigt. Zugegeben, die anderen waren älter als Sie, aber die meisten Ihrer einstigen Mitstreiter blieben stumm, allenfalls publizierten sie in den 90er Jahren ihre Erinnerungen: Mittag, Schürer, Hager, Honecker ... Ihr Vorgänger hielt selbstbewusst dagegen, bis er im Exil starb. Auch Heinz Keßler trat öffentlich auf. Doch sonst? Wie haben Sie diese Kapitulation, einige wenige biederten sich sogar an, empfunden?

So pauschal urteile ich nicht. Dass ich vielleicht stärker als manch anderer in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde, hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass ich zum Ende der DDR an der Staatsspitze stand. Zudem war ich zwölf Jahre lang der Jüngste im SED-Politbüro. Schließlich saß ich wegen meiner DDR-Funktion knapp vier Jahre im Gefängnis. Die Medien sorgen immer noch dafür, dass dies ja nicht in Vergessenheit gerät.

Wenn ich mal von Schabowski absehe, hat niemand aus dem Politbüro die Seiten gewechselt. Die meisten standen vor Gericht. Mit zwei Ausnahmen haben sie sich dort klug verteidigt. Zwar teile ich manche Nachwendeaussage von Erich Honecker nicht, er hat aber vor Gericht eine inhaltsreiche und – wie ich meine – auch gute Verteidigungsrede gehalten.

Einige Mitstreiter sind schon in den 90er Jahren verstorben. Sie hatten nicht mehr die Kraft, sich öffentlich zu äußern, unter ihnen so verdienstvolle Leute wie Willi Stoph und Horst Sindermann, Kurt Hager und Erich Mückenberger. Ich weiß von ihnen, dass sie sich politisch treu geblieben sind. Außer mir leben noch fünf Mitglieder des alten Politbüros, darunter Heinz Keßler (Jahrgang 1920), Siegfried Lorenz und Magarete Müller, die sich wiederholt, zuletzt in meinem 2013 herausgegebenen Buch über Walter Ulbricht, politisch erklärt haben. Dafür wurden sie – wie alle siebzig Autoren dieses Bandes – von einer in

der alten Bundesrepublik sozialisierten Historikerin zum »Gruselkabinett der Ewiggestrigen« erklärt.¹⁶

Vielleicht ist es auch dieser arrogante Umgang mit DDR-Lebensläufen, die selbst gestandene Funktionäre veranlassen, sich in der Öffentlichkeit nicht mehr zu äußern.

Einige wenige Weggefährten aus meiner früheren Umgebung haben sich verabschiedet von ihren Überzeugungen, die sie einst mit Übereifer vertraten, ohne dass sie damals auch nur den kleinsten Zweifel gehegt hätten. Sie haben sich inzwischen um 180 Grad gedreht. So etwas kommt in allen gesellschaftlichen Systemen vor. Das ist keine Besonderheit von Ex-DDR-Bürgern. Mit Nachdenken allerdings hat das wenig zu tun. Diese Leute erfinden alle möglichen und unmöglichen Ausreden und Entschuldigungen dafür, dass sie in der DDR mehr als nur »Hundertprozentige« waren. Meist geben sie für ihren vorausseilenden Gehorsam anderen oder der geltenden Parteidisziplin die Schuld. Wider besseres Wissen suggerieren sie, der Preis für die Ablehnung ihres Amtes wäre das Gefängnis gewesen. Sie ignorieren dabei das für sie Charakteristische: ihren krankhaften Karrierismus. Sie wollten damals oben sein und sie wollen es heute wieder. Solche Leute sind mir, unabhängig vom konkreten Inhalt ihrer Positionen, irgendwie suspekt.

Man kann im Leben seine Meinung ändern. Jeder hat das Recht auf Irrtum. Ich denke heute über vieles auch anders als noch vor Jahren. Doch wenn Leute, die einst in der DDR hohe Funktionen hatten und auf andere Menschen mit ihren Ideen einwirkten, einen radikalen Seitenwechsel vollziehen, dann müssen sie diesen nicht unbedingt mit missionarischem Eifer auch anderen aufzuzwingen versuchen. Sie tun damit eigentlich das Gleiche, was sie auch zu DDR-Zeiten getan haben, nur mit entgegengesetzten Vorzeichen. Solche Leute hassen sich in

der Regel selbst und verachten jeden, der es ihnen nicht gleichtut. So könnte ich nicht leben.

Die DDR hatte drei Staatsratsvorsitzende: Walter Ulbricht, Erich Honecker und Sie. 2013 haben Sie, wie bereits erwähnt, ein Buch über Walter Ulbricht vorgelegt, das – was sehr viele überraschte – durchaus Neues und Unbekanntes über diesen Staatsmann brachte.

Zwangsläufig stellte sich die Frage: Und wann schreibt er über seinen Vorgänger?

Zunächst: Es waren vier Staatsratsvorsitzende. Nach dem Tod von Walter Ulbricht übernahm Willi Stoph von 1973 bis 1976 den Vorsitz. Erich Honecker wollte zunächst nur Generalsekretär sein. Sein Sinneswandel kam 1976. Es war nicht seine eigene Idee. Breschnew hielt es für richtig, Staatschef der UdSSR zu werden. Um das in seinem Politbüro, dem des UK der KPdSU, anzumelden, brauchte er Beispiele aus den verbündeten Ländern, dass dort die Parteichefs zugleich auch Staatschefs seien. Es hatte sich ja inzwischen so ergeben, dass die General- bzw. Ersten Sekretäre völkerrechtliche Verträge unterschrieben. Zum Beispiel die Schlussakte von Helsinki. Damit das staats- und völkerrechtlich abgesichert war, wurden die Parteichefs der europäischen sozialistischen Länder in der Regel zugleich entweder Staats- oder Regierungsoberhäupter.

Ob ich auch ein Buch über Erich Honecker herausgegeben werde? Die Idee ist gut. Damit lägen quasi Erinnerungen von Zeitzeugen für die gesamte DDR-Zeit vor. Es gäbe auch die Möglichkeit, ein historisch gerechtes Bild über Honecker zu zeichnen. Frei von Denunziationen, aber auch von Heroisierungen. Ob sich das Vorhaben verwirklichen lässt, hängt nicht nur von mir ab. Die Zeitzeugen, die dazu etwas sagen könnten, werden weniger. Allein seit dem Erscheinen des Buches über Walter Ulbricht sind von den 70 Autoren inzwischen neun verstorben. Da ich weiß,

wieviel Kraft notwendig war, diesen Band zusammenzustellen, halte ich mich im Moment noch mit Prognosen über weitere Editionen zurück.

Verspüren Sie nicht manchmal den Wunsch zu sagen: Es ist ohnehin sinnlos, egal was wir sagen. Sie haben die Medien und beherrschen die öffentliche Meinung?

Es gibt solche Momente. Meist bin ich jedoch Optimist. Die fortwährende DDR-Hetze erfüllt durchaus nicht immer, was sich ihre Auftraggeber wünschen. Sie geht inzwischen vielen auf die Nerven. Seit der Herausgabe des Ulbricht-Buches habe ich an vielen Veranstaltungen zur DDR-Geschichte teilgenommen, zu denen fast 5.000 Interessierte kamen. Viele meiner Gesprächspartner, und diese Zahl nimmt stetig zu, fragen sich inzwischen, ob sie mit dem Untergang der DDR mehr verloren als sie gewonnen haben. Ob die DDR nicht besser war, als ihr heute nachgesagt wird, und ob die Bundesrepublik dem entspricht, was ihre führenden Köpfe von ihr behaupten. Und auch: Was muss getan werden, damit wir auf bestimmten Gebieten erreichen, was DDR-Bürger schon einmal hatten: in der Bildung und Ausbildung, bei der Arbeitsplatzsicherung, im Gesundheitswesen, in der sozialen Sicherheit und der Demokratie am Arbeitsplatz, vor allem im Zusammenleben der Menschen untereinander.

Offensichtlich kennt selbst die Bundesregierung diesen Trend. Im 2013er »Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit« beklagte sie – wenn auch mit ziemlich wirklichkeitsfremden Formulierungen –, dass sich bei jungen Menschen »zwei Tendenzen in der Wahrnehmung der DDR« entwickeln würden, die aus der Sicht der Regierung sogar »besorgniserregend« seien. Wörtlich: »die Verharmlosung, mitunter sogar Verklärung des Lebens unter der SED-Diktatur und das ausgeprägte Nichtwissen über die DDR und die dort herrschenden Verhältnisse.«

Was das »Nichtwissen« angeht, so hat dies ja wohl nichts mehr mit der DDR zu tun. Das dürfte eher eine Frage des reformbedürftigen bundesdeutschen Bildungssystems sein. Ansonsten sei den Autoren des Regierungsberichtes zu raten, die »Sächsische Längsschnittstudie«¹⁷ auszuwerten. Darin werden seit einem Vierteljahrhundert Personen des Geburtsjahrganges 1973 nach ihren Einstellungen, Meinungen, Gefühlen und nach ihrer Sicht auf ihre Entwicklung vom DDR-Bürger zum Bundesbürger befragt. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ergibt sie ein viel differenzierteres und genaueres Bild über die DDR als die offizielle Propaganda zeichnet.

Ich entnahm ihr folgende Schlussfolgerung: Je intensiver die Erfahrungen der Befragten seit 1990 mit der kapitalistischen Gesellschaft wurden, je aggressiver Politik, Medien und vermeintliche Wissenschaft versuchen, ihnen ein wirklichkeitsfremdes DDR-Bild aufzuzwingen, umso intensiver und präziser ist die Rückbesinnung auf Werte ihres DDR-Lebens. Das hat weder etwas mit »Verklärung« noch »Verharmlosung« und schon gar nicht mit vermeintlicher »DDR-Nostalgie« zu tun. Hingegen viel mit historischer Wahrheit und konkreten Erfahrungen. Es ist unter anderem eine Folge verfehlter Politik gegenüber Ostdeutschland und auch der regierungsamtlichen Absicht, die DDR als »Unrechtsstaat« zu verteufeln.

Der Studie entnehme ich auch: In der Endzeit der DDR nahm die Identifikation der Jugend mit der DDR von Jahr zu Jahr ab. Die Mehrheit war 1989 der Meinung, dass die Wende richtig und notwendig sei. Inzwischen bezweifeln sie aber, dass die damaligen Ziele erreicht wurden. Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutsche werden überwiegend ambivalent beurteilt. Mehr als 70 Prozent der Befragten waren seit der deutschen Einheit ein- oder mehrmals arbeitslos. Ihre grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit einer Zustimmung zum

gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Die übergroße Mehrheit vertritt seit Jahren den Standpunkt, es sei nicht alles falsch gewesen, was sie in der DDR-Schule über den Kapitalismus gelernt haben, was ja zugleich eine Aufwertung früherer politischer Bildung und Erziehung in der DDR bedeutet. Weit verbreitet ist eine sehr kritische Sicht auf das jetzige Gesellschaftssystem. Es gibt einen wachsenden Zweifel an der Zukunftsfähigkeit dieses Systems. Weniger als zehn Prozent der Befragten glauben daran, dass das kapitalistische System die drängenden Menschheitsprobleme lösen werde.

Der Anteil jener, die die Entwicklung in Ostdeutschland seit der deutschen Einheit als Fortschritt bewerten, ist seit 1990 kontinuierlich zurückgegangen. Die Ergebnisse lassen auf eine inzwischen tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, die sich vor allem aus gegenwärtigen Erfahrungen speist, aber auch weit in ihre zu DDR-Zeiten erfahrene, nachhaltig wirkende Sozialisation zurückreicht. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR in sozialer Hinsicht von Jahr zu Jahr besser ab. Das gilt nachweislich in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Sie halten mehrheitlich an ihrer Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR umso positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen sind. Hartnäckig und häufig voller Wut wird gefragt, warum heute neu erfunden bzw. für neue ausgegeben wird, was es in der DDR bereits gab und sich bewährt hat. Die überwiegende Mehrheit der Befragten hält den Sozialismus für eine gute Idee, die bisher nur schlecht verwirklicht wurde.

Die Jahre seit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik haben maßgeblich zur Entzauberung der

Verheißungen des Kapitalismus beigetragen.

Diese Studie stimmt mich auch optimistisch, dass sich der Kampf gegen Geschichtsentstellungen lohnt. Insofern stimme ich mit einer Schlussfolgerung aus dem »Bericht zur Deutschen Einheit« durchaus überein: Es darf »keinen Schlusstrich geben«.

Die sachlich und fachlich korrekte Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte hat ja noch nicht einmal richtig begonnen. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten waren immer ein Anwendungsfall der Ost-West-Beziehungen, besonders der zwischen der UdSSR und den USA. Beide deutsche Staaten waren Ergebnisse des Sieges der Alliierten über Hitlerdeutschland und Kinder des Kalten Krieges. Ihr Verhältnis zueinander war stets eins von Aktion und Reaktion. Die Bildung der DDR war ein Reflex auf die Entstehung der Bundesrepublik. Auf die Ablehnung der sowjetischen Deutschlandnote 1952 durch Adenauer folgte der militärischen Ausbau der DDR-Staatsgrenze als strategische Verteidigungslinie der Sowjetunion an Elbe und Werra. Die Entstehung des Warschauer Vertrages war die Erwiderung auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ... Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Die Geschichte der DDR kann nicht wahrheitsgemäß aufgearbeitet werden ohne den Vergleich mit der Geschichte der alten Bundesrepublik. Letzteres findet noch immer nicht statt. Der Gründungsmaßstab und die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik werden nach wie vor verklärt, und die DDR wird zum Sündenbock deutscher Nachkriegsgeschichte gemacht. So ist die Geschichte aber nicht verlaufen. Einen objektiven Vergleich der systemischen Fehler beider Staaten müsste die DDR keineswegs scheuen. Natürlich weiß ich, dass wenige Menschen den Mainstream nicht ändern können, aber wenn alle, die mit dem vorherrschenden offiziellen Urteil über die DDR nicht übereinstimmen, ihre